

## **Bericht über die Gemeinderatssitzung am 25. September 2014 im Bürgersaal**

Zur ersten Gemeinderatssitzung nach der Sommerpause begrüßte Bürgermeister Anton Bertele den Gemeinderat, Herrn Franz Glogger von der Südwest Presse, Herrn Ingenieur Bernhard Muffler aus Laupheim, Herrn Architekt Jürgen Herrmann aus Illerkirchberg, Herrn Andreas Maaß vom Gemeindeverwaltungsverband Kirchberg-Weihungstal, Herrn Manfred Kornmayer und Herrn Benjamin Eger von der Verwaltung sowie die Zuhörer. Er stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und gab die Protokolle der vergangenen Sitzung bekannt. Zur Bürgerfrageviertelstunde meldete sich niemand.

### **Kreisverkehr L 260 – Kostenfortschreibung und Finanzierung**

Bürgermeister Bertele wies einleitend darauf hin, dass die Bauarbeiten für die Sporthalle und den Kreisverkehr weit vorangeschritten seien. Die Kosten der Sporthalle entsprächen der Planung während die Baukosten für den Kreisverkehr weit über die Vorausberechnungen hinausgehen. Kritisch forderte er den Planer Bernhard Muffler auf, die Ursachen des Mehraufwandes und der Mehrkosten zu erklären. Immerhin habe der Planer die ursprüngliche Kostenschätzung mit 360.000,00 EUR beziffert und aktuell seien allein für den Kreisverkehr 1,3 Mio, also eine über 3-fache Steigerung zu beklagen. Ingenieur Muffler erläuterte dem Gemeinderat, dass die Bauarbeiten zwar große Fortschritte machen würden, allerdings hätten die Baufirmen schwer mit dem schlechten Wetter durch die anhaltenden Regenfälle zu kämpfen gehabt. Ursprünglich sei geplant gewesen, den Kreisverkehr zum 01.10.2014 fertigzustellen. Nun sei wegen Bauverzögerungen durch schlechtes Wetter, notwendiger Untergrundverbesserung und Altlastbeseitigung mit einer Fertigstellung bis ca. 31.10.2014 zu rechnen. Danach könne die Landesstraße L 260 wieder voll befahren werden. Um die Bauabwicklung trotz aller Widrigkeiten voranzutreiben, werde auch samstags gearbeitet wie zuletzt beim Fahrbahneinbau in der L 260. Den Mehraufwand begründete er neben den höheren Preisen bei der Angebotseröffnung mit den nachstehenden Positionen.

### Teerhaltiger Aushub

Beim Baustellentermin am 31.07.2014 habe er darauf hingewiesen, dass bei den Asphaltfräsarbeiten wider Erwarten bei 450 to Fräsmaterial aus alten Asphaltsschichten Verdacht auf Teer mit giftigen Substanzen entstanden sei. Hierauf habe er Möglichkeiten zum Wiedereinbau sowie zur Entsorgung geprüft. Beprobungen und Beurteilungen durch ein Fachbüro und durch die Fachhochschule Biberach sowie die vom Landratsamt mitgeteilten Vorschriften hätten als kostengünstigste Möglichkeit eine Ablagerung auf der Deponie „Hammerstein“ in 97753 Karlstadt ergeben. Bürgermeister Bertele wandte ein, dass er wegen einer Kostenbeteiligung für die Altlasten beim Straßenbauamt vorstellig geworden sei und dies abgelehnt worden sei mit dem Hinweis, dass teerhaltige Bestandteilen aus früherer Zeit erfahrungsgemäß fast überall zum Vorschein kämen und dem Planer dies hätte bekannt sein müssen.

Ingenieur Muffler entgegnete, dass die gezogenen Bohrkerne jeweils teerfrei gewesen seien und die Straßenbauverwaltung ihm gegenüber bei Besprechungen keine Hinweise gegeben habe. Somit habe er im Vorfeld nicht mit teerhaltigen Resten rechnen können.

Die Kosten setzen sich nun wie folgt zusammen:

Teerhaltigen Aufbruch entsorgen (ca. 450,00 to):	brutto 43.494,60 EUR
Teerhaltigen Aufbruch ausbauen und zwischenlagern:	brutto 19.727,73 EUR
Teerhaltigen Aufbruch beproben und analysieren:	<u>brutto 1.839,87 EUR</u>
Gesamt:	brutto 65.062,19 EUR

### Bodenaustausch

Beim Baustellentermin am 21./22.08.2014 habe er über die schlechten Untergrundverhältnisse und über die Ergebnisse der Untersuchungen zur notwendigen Bodenverbesserung informiert. Ingenieur Muffler legt dar, dass im Zuge der Planung ein geologisches Gutachten zur Baugrundbeurteilung angefertigt worden sei, demzufolge baugrundverbessernde Maßnahmen erforderlich würden. Außerdem würde darin ein Bodenaustausch von 0,40 m und alternativ eine Kalk-Zement-Verbesserung bei Frästiefe

0,50 m empfohlen. Diese Kalk-Zement-Verbesserung des Löss-Lehms sei auch so ausgeschrieben worden. Beim tatsächlichen Aushub sei dann aber festgestellt worden, dass der angetroffene Boden die erforderliche Tragfähigkeit trotz Verbesserung nicht erreiche. Diese Erkenntnisse hätten erst nach einer Laboruntersuchung durch die Fachhochschule Biberach gewonnen werden können. Auch weitere Maßnahmen seien in Probefeldern geprüft worden und hätten sich durchweg als nicht tragfähig erwiesen. Deshalb sei ein vollständiger Bodenaustausch in einem Bereich von ca. 4.000 m<sup>2</sup> und einer Tiefe zwischen 1,50 m und 2,50 m erforderlich, was zu Mehrkosten von ca. 250.000,00 EUR führe.

Die ungünstige Bodenschicht mit einer Stärke von ca. 1,50 m und einer Fläche von ca. 4.800 m<sup>2</sup> erforderte ca. 7.200 m<sup>3</sup> zusätzlichen Bodenaustausch. Zu diesen Maßnahmen und Mehrkosten hätten keine alternativen Möglichkeiten bestanden. Dies sei bei den jeweiligen Ortsterminen auf der Baustelle wiederholt diskutiert und letztlich so festgelegt worden. Diese Maßnahmen würden unter das Baugrundrisiko des Bauherrn fallen. Es sei versucht worden, dieses Risiko im Vorfeld über Baugrunduntersuchungen und Begutachtungen so gering wie möglich zu halten, aber es könne jeweils nicht vollständig ausgeschlossen werden. Aus dem Gemeinderat heraus wurde nach der Haftung des Gutachters für seine Aussagen gefragt. Ingenieur Muffler verwies auf die Einschränkungen und Vorbehalte im Gutachten, wonach sich die Angaben nur auf die Untersuchungsstellen beziehen würden und Abweichungen nicht ausgeschlossen werden könnten.

Die Mehrkosten wurden beim Ortstermin auf ca. 212.722,00 EUR netto geschätzt, liegen jedoch nach vorliegender Berechnung nun bei 248.076,40 EUR.

Ein Gemeinderat berichtet von den Ortsterminen, bei denen der schlechte Untergrund besichtigt worden sei. Während der Erdarbeiten sei über einen Zeitraum von 4 Wochen ständig schlechtes Wetter mit heftigen Regenfällen gewesen. Nach Prüfung verschiedener Alternativen sei nur der vollständige Bodenaustausch geblieben. Ansonsten hätte der Bau eingestellt werden müssen. Er bedankt sich bei Frau Breitling vom Ingenieurbüro Muffler und Herrn Sturm von der Fa. Schwall für ihren Einsatz auf der Baustelle.

Zugleich bemängelte er und weitere Gemeinderäte die Weigerung des Landes, sich an den Kosten zu beteiligen. Dies werde auch von vielen Bürgern kritisiert, da die Verbesserung der Verkehrssituation an dieser Kreuzung auch immer ein Anliegen des Landes gewesen sei.

Bürgermeister Bertele berichtete, dass er dieses Anliegen bereits mehrfach vorgebracht habe und zwar nicht nur bei der Straßenbauverwaltung, sondern zuletzt auch beim Besuch des Abgeordneten Martin Rivoir, MdL. Beim Besuchstermin von Frau Dr. Monika Stolz, MdL, werde er dieses Anliegen wiederum vorbringen.

### Leerrohre

Im Rahmen der Tiefbaumaßnahmen habe die Gemeinde zusätzlich die im Hinblick auf eine spätere Glasfaserbreitbandversorgung die üblichen Leerrohre im 3er-Bündel verlegen lassen. Diese Leistung war im bisherigen Auftrag nicht enthalten, soll aber entsprechend dem Grundsatzbeschluss der Gemeinde im Bereich des Kreisverkehrs über eine Gesamtlänge von 750,00 m ebenfalls ausgeführt werden.

Die Kosten betragen

brutto 15.280,14 EUR

Bürgermeister Bertele nahm den Bericht zur Kenntnis, übte jedoch an der mehr als Verdreifachung der ursprünglichen Schätzkosten heftige Kritik. Immerhin habe der Planer noch in der Sitzung vom 14.11.2013 für den Kreisverkehr 549.000€ vorausberechnet und jetzt werde die Gemeinde allein für den Kreisverkehr mit 1,3 Mio. € konfrontiert.

In der Sitzung vom 14.11.2013 hatte Ingenieur Muffler die Kosten noch wie folgt beziffert:

<i>Kreisverkehrsplatz:</i>	<i>549.000,-- EUR</i>
<i>Parkplatz 1. BA:</i>	<i>238.000,-- EUR</i>
<i>Parkplatz 2. BA:</i>	<i>256.000,-- EUR</i>
<i>Beleuchtung für Wege und Parkplatz 1. BA:</i>	<i>19.000,-- EUR</i>
<i>Beleuchtung für Wege und Parkplatz 2. BA:</i>	<i>14.000,-- EUR</i>
<i>Beleuchtung Weihungstraße nach Unterkirchberg:</i>	<i>45.000,-- EUR</i>
<i>Schmutzwasserkanal:</i>	<i>84.000,-- EUR</i>

Regenwasserkanal und Regenrückhaltebecken:	136.000,-- EUR
Verlegung der Wasserleitungen:	<u>129.000,-- EUR</u>
<b>Gesamtkosten:</b>	<b>1.470.000,-- EUR</b>

Als Unsicherheitsfaktor für die Baukosten wurde in der Sitzung der vorhandene Baugrund angegeben.

Hauptamtsleiter Manfred Kornmayer gab sodann einen Überblick über den aktuellen Stand der voraussichtlichen Mehrkosten

Mehrkosten nach bisheriger Ausschreibung	437.075,08 EUR
Ausschreibung für Straßen- u. Platzbeleuchtung noch ca.	60.000,00 EUR
Ablösebetrag für den KVP an das Land vorl.	63.100,00 EUR
Mehrkosten Entsorgung teerhaltiger Aushub	65.062,19 EUR
Mehrkosten Bodenaustausch	248.076,40 EUR
Nachtrag Leerrohre	<u>15.280,14 EUR</u>
	888.593,81 EUR
hierauf Nebenkosten (Gutachten, Honorare, etc.) ca.	<u>61.406,19 EUR</u>
zusätzlicher Finanzierungsbedarf bisher vorläufig ca.	950.000,00 EUR

Zur Finanzierung empfahl er eine durch das positive Rechnungsergebnis 2013 mögliche zusätzliche Rücklagenentnahme in Höhe von ca. 400.000,00 EUR, eine höhere Zuweisung aus Steuermitteln vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt im Rechnungsjahr 2014 mit weiteren ca. 400.000,00 EUR sowie die Verwendung von Haushaltsausgaberesten für zurückgestellte Grunderwerbe in Höhe von 150.000,--€, zusammen also 950.000,--€.

Mit Widerwillen – aber weil er keine Alternative sehe – schlug Bürgermeister Bertele dem Gemeinderat die Billigung und den Abschluss der Nachtragsvereinbarungen vor sowie die Finanzierung im Investitionsprogramm darzustellen. Dem Antrag folgte der Gemeinderat einstimmig.

### **Antoniuskindergarten - Umbaumaßnahmen im Untergeschoss**

In der Sitzung vom 23.01.2014 wurde der Gemeinderat über die notwendigen Umbaumaßnahmen im Untergeschoss des Antoniuskindergartens informiert. Mit dem Austausch der erneuerungsbedürftigen Ölheizung gegen eine Gasbrennwertheizung und damit entbehrlichen Ölkeller lassen sich weitere Räumlichkeiten im Keller für Kindergartenzwecke nutzen. In der Januar- bzw. Maisitzung wurde beschlossen, die notwendigen Arbeiten zu veranlassen. Die Umbaugenehmigung ist nun am 22.08.2014 ergangen. Darin sind weitergehende Anforderungen an den Brandschutz und die Rettungswege vorgeschrieben worden. Die u.a. genehmigungsbedingten erhöhten Anforderungen sowie die daraus resultierenden Kosten erläuterte Architekt Jürgen Herrmann und bezifferte sie mittels Vorausberechnung auf 78.600,--€. Hinsichtlich der vom Landratsamt geforderten kontrollierten Lüftungsanlage für ca. 22.500,--€ bat der Gemeinderat darum, das Erfordernis nochmals mit dem Landratsamt eingehend zu prüfen. Einstimmig wurde das Projekt nach Maßgabe der Prüfung zur Lüftungsanlage gebilligt.

### **Rechnungsabschluss 2013**

Bürgermeister Bertele freute sich über einen wiederum sehr positiv ausgefallenen Rechnungsabschluss zum Jahr 2013 und bat Herrn Andreas Maass vom GVV um den Sachbericht.

Demnach stieg der Einkommenssteueranteil deutlich um 98.428,-- EUR. Ebenso stieg die Gewerbesteuererinnahme um 92.083,-- EUR. Als Ergebnis des Verwaltungshaushalts ergibt sich gegenüber der Planung eine um 326.124,-- EUR höhere Zuführung an den Vermögenshaushalt von insgesamt 1.216.114,33 EUR. Durch die höhere Zuführung vom Verwaltungshaushalt und eine günstige Abwicklung im Vermögenshaushalt wurde der

allgemeinen Rücklage lediglich ein Betrag von 1.107.352,78 EUR entnommen. Geplant war eine Entnahme von 1.523.000,- EUR. Damit verbleiben noch 2.671.835,07 EUR in der Rücklage. Die Gemeinde ist weiterhin schuldenfrei.

Auf Rückfrage aus dem Gemeinderat erläutert der Kämmerer, dass der Stand der Haushaltsmittel für die Gemeindeverbindungsstraßen auf Ende 2013 bei 126.087,27 EUR liegt. Hiervon sollen auftretende Schäden an den GV-Straßen beseitigt werden, insbesondere auch solche, die im Zuge des Baustellenverkehrs für die zentrale Sportanlage und den Kreisverkehr entstanden. Auf eine weitere Rückfrage zu den Bestattungsgebühren kündigte er eine Neukalkulation an, weil die Friedhofsgebühren nur noch 43 % der Kosten decken, die Kommunalaufsicht jedoch einen Kostendeckungsgrad unter 50% moniert. Nach kurzer Diskussion wurde die Jahresrechnung mit einem Gesamtvolumen an Einnahmen/Ausgaben von 11.640.215,67€ einstimmig gebilligt.

Im Rahmen der Jahresrechnung wurden anschließend die sogenannten Kostenausgleiche nach § 14 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) behandelt. Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Abfallbeseitigung sind „kostenrechnende Einrichtungen“ der Gemeinde die jeweils für sich genommen eigenständige Teile im Haushalt bilden. Gebühreneinnahmen und Aufwendungen sollen sich im Grundsatz genau entsprechen. Der Idealfall wäre eine exakt 100%ige Deckung. Nachdem weder Einnahmen noch Ausgaben exakt vorhergesehen werden können, lässt es das KAG zu, Überschüsse und Defizite jeweils binnen eines 5-Jahreszeitraumes auf die nächsten Jahre zu übertragen. Im Bereich Abwasser war dies ein Überschuss von 30.184,58€, im Bereich Wasserversorgung ein Defizit von 81.056,16€ und im Bereich Müll ein Defizit von 38.766,90€.

Strengstens verboten wäre es beispielsweise, Überschüsse im Kanalbereich für irgendwelche andere kommunale Zwecke einzusetzen wie z.B. Investitionen in Gebäude. Auch innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen dürfen Mehreinnahmen z.B. beim Abwasser nicht dem Müllteilhaushalt zugerechnet werden.

Kämmerer Andreas Maas wies darauf hin, dass bei erkennbar wachsender Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben im jeweiligen Bereich eine Neukalkulation erforderlich wird.

Der Gemeinderat nahm das Zahlenwerk zur Kenntnis und billigte einstimmig die erforderlichen Kostenausgleiche.

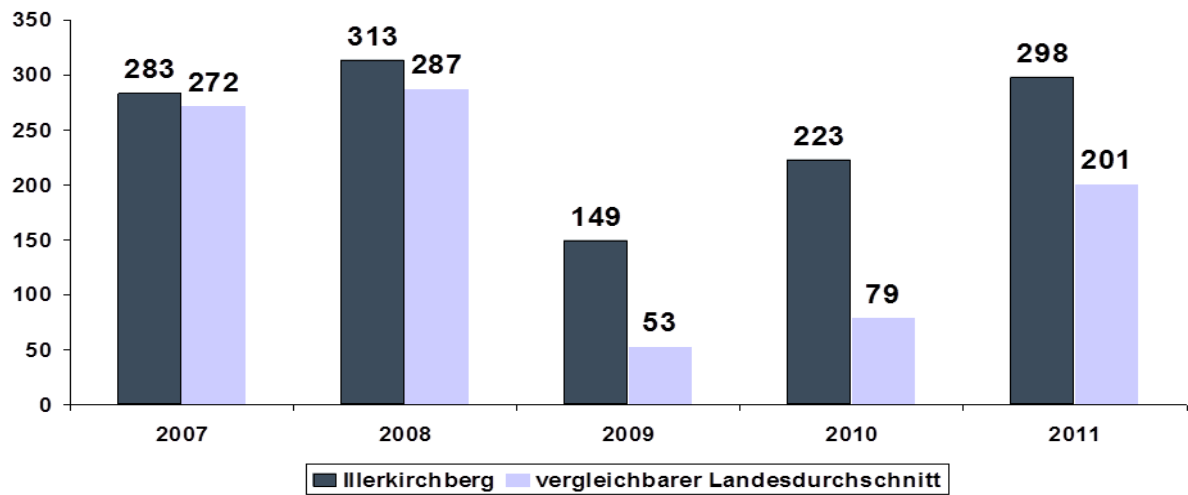
### **Allgemeine Finanzprüfung 2008 bis 2011 durch die Gemeindeprüfungsanstalt**

Die Gemeindeprüfungsanstalt prüfte vom 16.09.2013 bis 25.10.2013 die Haushaltsjahre 2008 bis 2011. Den Prüfungsbericht samt Prüfungsrechnung über 19.132,75 EUR ging bei der Gemeinde am 12.09.2014 ein. Der Prüfungsbericht bescheinige den Worten des Bürgermeisters zufolge der Gemeinde eine sehr effektive Haushaltsführung. Die Gemeinde habe im Landesvergleich aller Gemeinden mit 4000 - 5000 Einwohnern außergewöhnlich niedrige Sach- und Personalkosten. Trotz unterdurchschnittlicher Steuerkraft der Gemeinde Illerkirchberg lassen sich dem Prüfungsbericht insbesondere diese niedrigen Sach- und Personalkosten als tragende Säulen schuldenfreier Haushalte der letzten Jahre entnehmen. Hauptamtsleiter Manfred Kornmayer informierte den Gemeinderat dazu mit vergleichenden Ausarbeitungen der Prüfungsanstalt. Personalkosten sämtlicher Kindergärten werden landesweit in den Kostenvergleich nicht mit einbezogen, weil für die Kindergärten ein landesweit verbindlicher Personalschlüssel gilt.

### Netto-Investitionsrate

(Zuführung des VwH abzüglich ordentliche Tilgungen und Kreditbeschaffungskosten)

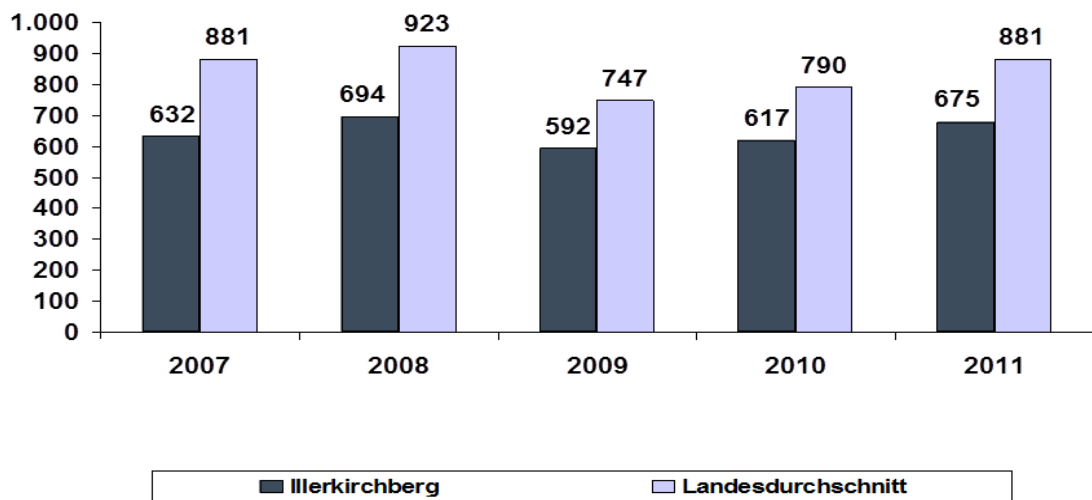
EUR/Einw.



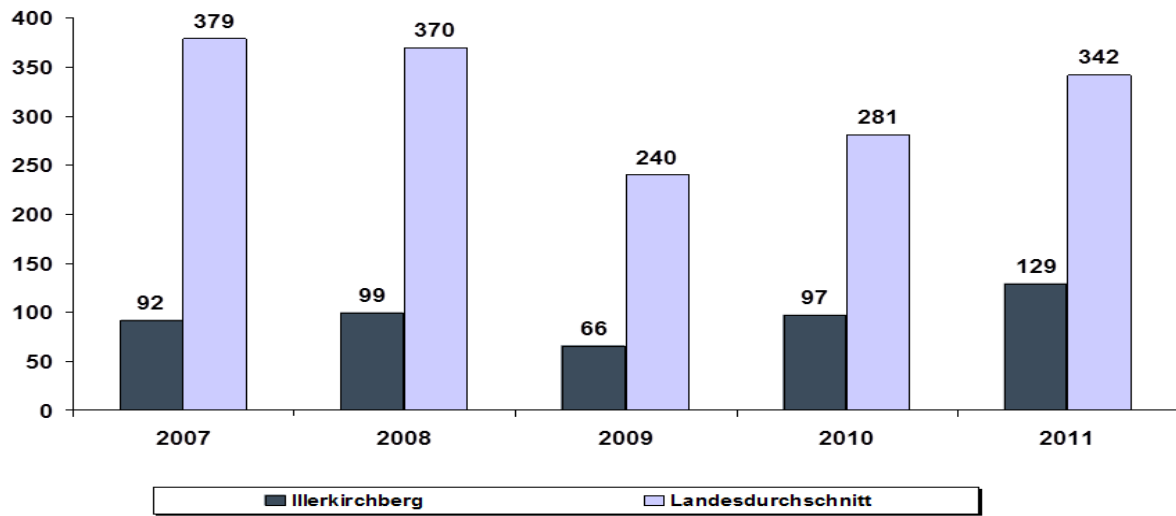
### Steuereinnahmen

(Eigene Steuern und Gemeinschaftssteuern)

(EUR/Einw)

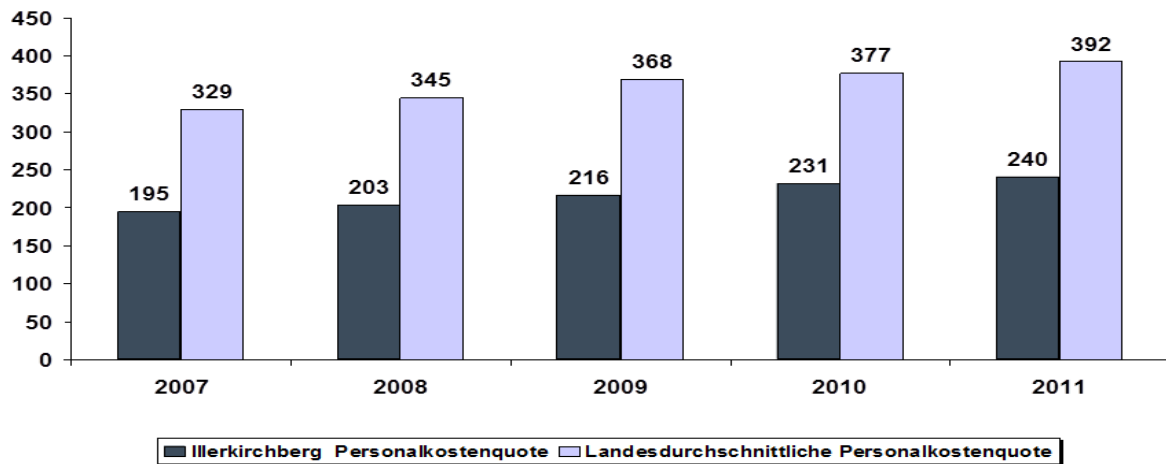


## Gewerbesteuer-Isteinnahmen (EUR/Einwohner)



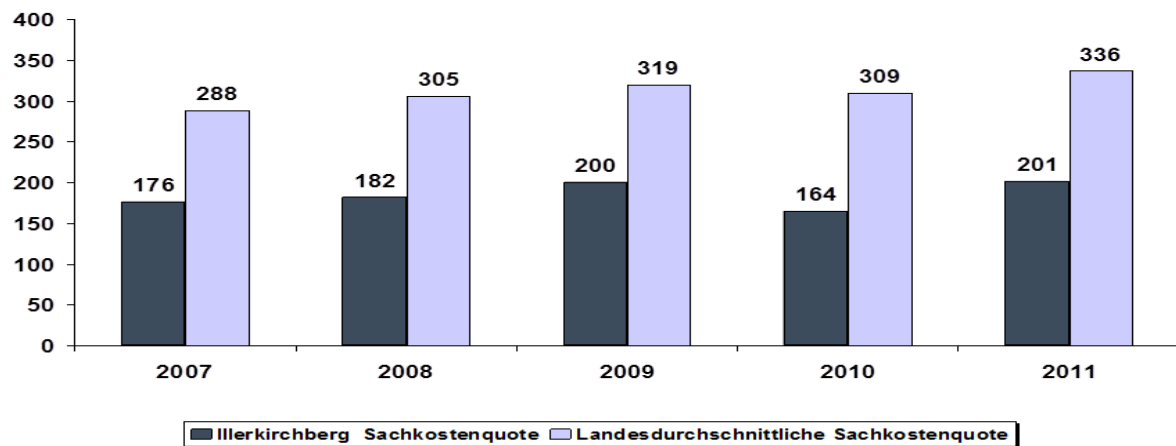
## Personalausgaben

(EUR/Einw.)

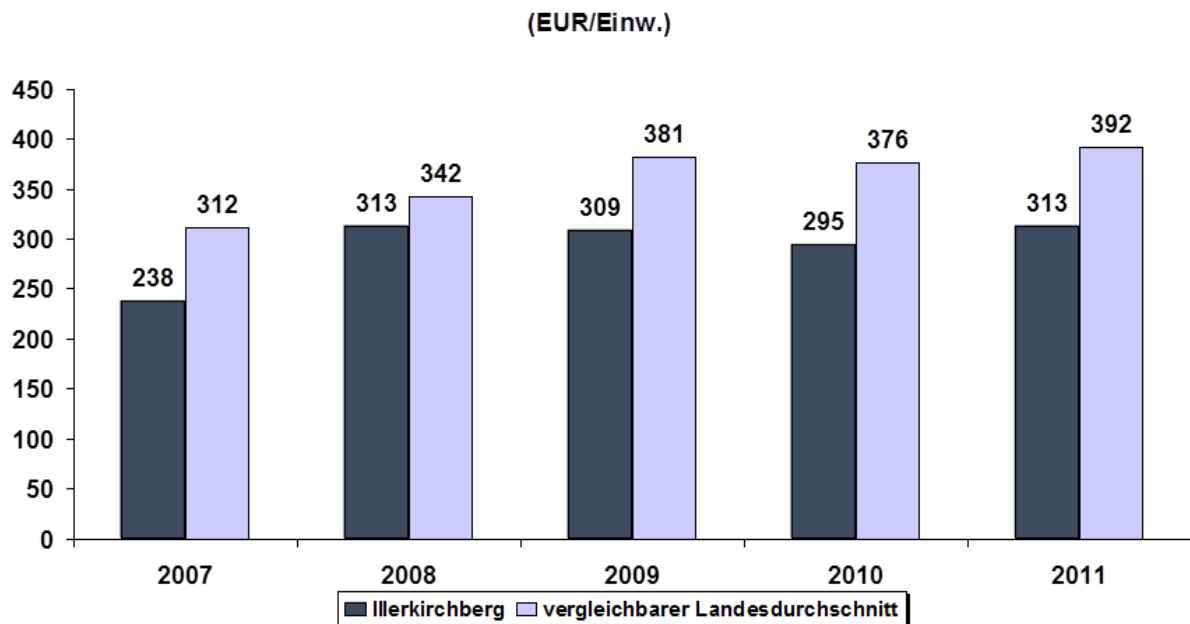


## Sachkosten

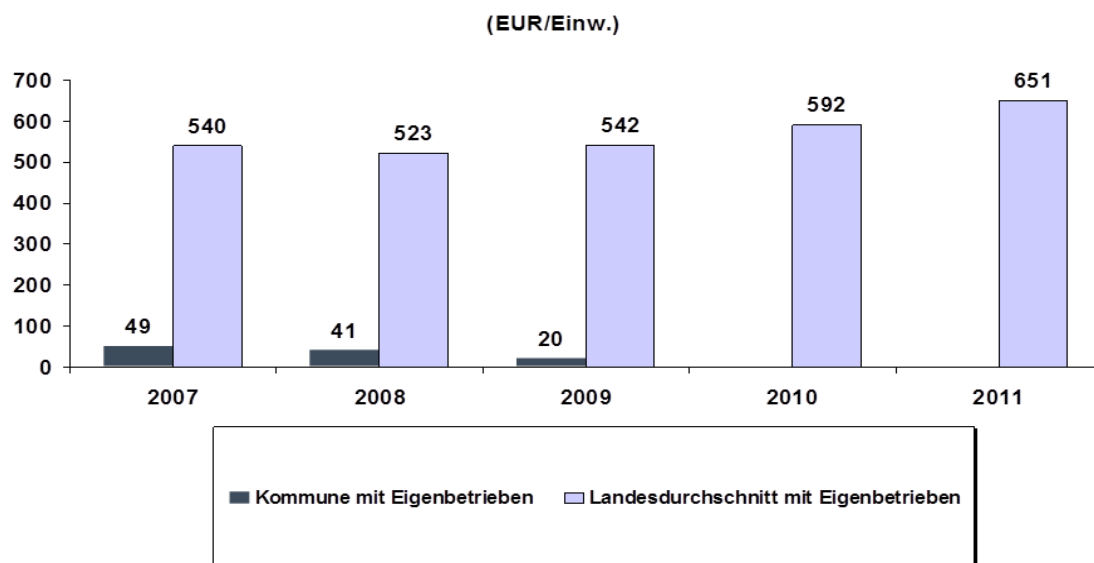
(EUR/Einw.)



Zuschussbedarf im Verwaltungs- und Betriebsbereich  
(ohne innere Verrechnungen und kalk. Kosten) zuzüglich Netto-Zinsausgaben



Gesamtverschuldung  
(Kommune einschließlich Eigenbetriebe)



Bürgermeister Bertele berichtete, dass die Prüfer allerdings auch etwas zur Beanstandung gefunden hätten, nämlich eine zwischenzeitlich korrigierte Verfügungsberechtigung bei einem Sparbuch. Ferner wurde die Gemeinde angehalten, eine generelle Stellenbeschreibung erstellen zu lassen. Bisher sei dies jeweils im konkreten Einzelfall vorgenommen worden.

Dargestellt wurde in der Sitzung auch eine Auswertung des Bundes der Steuerzahler über die Personalausstattung der Gemeinden. Hier liegt Illerkirchberg im Verwaltungsbereich unter allen ca. 100 Vergleichsgemeinden beim Ranking nach geringster Personalausstattung an vorderster Stelle.

Der Prüfungsbericht sowie die Stellungnahmen der Verwaltung wurden sodann einstimmig gebilligt.

### **Sporthalle – Namensgebung**

In der Gemeinderatssitzung vom 26.06.2014 wurde beschlossen, im Mitteilungsblatt einen Aufruf zu veröffentlichen, Namensvorschläge für die Sporthalle einzureichen.

Nach mehreren Aufrufen gingen folgende Vorschläge ein:

- Coubertin-Halle
- Kreiselhalle
- Weihungshalle
- Weihungstalhalle

Bürgermeister Bertele schlug entsprechend den Bezeichnungen für die bestehenden Hallen in Illerkirchberg („Gemeindehalle“, „TSG-Halle“) vor, die neue Halle zu bezeichnen als:

## **SPORTHALLE ILLERKIRCHBERG**

Nach kurzer Diskussion wurde dies so mit großer Mehrheit beschlossen.

### **Änderung der Hauptsatzung - Ausschusses für Bauangelegenheiten**

In der Gemeinderatssitzung vom 24.07.2014 wurde beschlossen, den beratenden Ausschuss für Bauangelegenheiten zu erweitern auf einen beratenden Ausschuss für Bau- und Verkehrsangelegenheiten. Dabei soll die Mitgliederzahl auf 7 erhöht und die Hauptsatzung entsprechend geändert werden. Dies wurde einstimmig gebilligt. Die amtliche Bekanntmachung erfolgte bereits im letzten Mitteilungsblatt.

### **Straßensanierungen – Ausbauprogramm 2015 ff.**

Im Jahr 2014 wurden Sanierungsmaßnahmen am Burgunderweg und an der Unterweiler Straße ausgeführt. In vergangenen Sitzungen wurden weiterhin die Burgstraße sowie die Uhlandstraße erörtert. Die Uhlandstraße liege nach Bericht des Bürgermeisters im Bereich des Landessanierungsprogrammes, welches kürzlich aufgestockt wurde. Entscheidend hierbei sei jedoch, dass die Mittel auch schnell abgerufen werden. Um evtl. eine weitere Aufstockung zu erhalten, gelte es, die Uhlandstraße schnellmöglich anzugehen. Nach den bisherigen Beratungen des Gemeinderats solle daher als nächste Sanierungsmaßnahme die Uhlandstraße im Rahmen des Landessanierungsprogramms ausgeführt werden. Hier sind umfangreiche Arbeiten ähnlich dem sanierten Bereich der oberen Bucher Straße zu erwarten. Im Investitionsprogramm sind deshalb entsprechende Mittel für die Jahre 2014 bis 2016 eingestellt:

Straßenbau 375.000,00 EUR

Wasserleitungserneuerungen 150.000,00 EUR

Evtl. notwendige Kanalisationsarbeiten können derzeit noch nicht abgeschätzt werden und stehen unter dem Vorbehalt der weiteren Untersuchungen. Einstimmig wurde sodann die alsbaldige Sanierung der Uhlandstraße und darauf folgend der Burgstraße beschlossen.



### **Kirchliche Kindergärten – Abrechnung der Betriebskosten 2013**

Das Kath. Verwaltungszentrum Ehingen legte die Abrechnungen der Betriebskosten 2013 für den Kath. Kindergarten St. Franziskus, Oberkirchberg und St.-Josef, Unterkirchberg sowie für die dortige Neugestaltung der Außenanlagen vor.

#### *St.-Franziskus-Kindergarten:*

Betriebsausgaben:	465.104,30 EUR
Abzügl. Einnahmen (Elternbeiträge, Mittagessen, Sonstiges, Eigenanteil Umzugskosten):	101.302,10 EUR
Verbleibende Betriebsausgaben:	363.802,20 EUR
Zuzügl. Anteil Investitionskosten:	3,74 EUR
Gesamt-Kostenanteil der Gemeinde:	363.805,94 EUR
Abschlagszahlungen geleistet:	350.000,00 EUR
Nachzahlung:	13.805,94 EUR

#### *St.-Josef-Kindergarten:*

Betriebsausgaben:	291.090,45 EUR
Abzügl. Einnahmen (Elternbeiträge, Mittagessen, Sonstiges):	62.874,46 EUR
Verbleibende Betriebsausgaben:	228.215,99 EUR
Abschlagszahlungen geleistet:	230.000,00 EUR
Überzahlung:	1.784,01 EUR

Die Abrechnungen wurden einstimmig anerkannt.

<i>Neugestaltung der Außenanlagen St.-Josef- Kindergartens</i>	78.157,42 EUR
Gebuchte Gesamtausgaben:	
Kostenübernahme durch Gemeinde lt. GR-Beschlüsse	
80 % von 68.300,00 EUR =	54.640,00 EUR
49 % von 9.857,42 EUR =	4.830,41 EUR
Gesamt:	59.470,14 EUR

Die Abrechnung wurde ebenfalls einstimmig anerkannt.

### **Baugesuche**

Es lagen vier Baugesuche für Wohnhäuser im Neubaugebiet Schrofs Garten vor. Sie entsprachen in allen Teilen den Vorgaben des Bebauungsplanes. Allen Baugesuchen wurde einstimmig das Einvernehmen erteilt.

Ein Baugesuch für ein Wohn- und Geschäftshaus an der Hauptstraße war neuerlich zu behandeln, weil in erster Behandlung Sicherheitsbesorgnisse bestanden. Zwei Parkplätze waren rechtwinklig zu Hauptstraße geplant und deswegen eine Verkehrsgefährdung beim rückwärtigen Herausfahren aus den Parkbuchten auf die Hauptstraße befürchtet worden. Bürgermeister Bertele hatte beim Landratsamt eindringlich auf einen ähnlich gelagerten Fall etwas weiter nördlich an der Hauptstraße hingewiesen. Die vorgetragenen Einwände hatte

das Landratsamt jedoch anders gewertet, weil im vorliegenden Falle mit einer geringeren Parkfrequenz gerechnet werde. Aktuell berichtete Bürgermeister Bertele, dass das fehlende Einvernehmen notfalls vom Landratsamt ersetzt werde. Auch wenn er von der Argumentation des Landratsamtes nicht überzeugt sei, habe er keine Alternative als dem Gemeinderat das Einvernehmen vorzuschlagen. Bei vielen Enthaltungen wurde sodann mehrheitlich das Einvernehmen erteilt.

## **Sonstiges, Bekanntgaben**

### Anschlussunterbringung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz

Hauptamtsleiter Manfred Kornmayer berichtete, dass sich die weltweit anschwellenden Flüchtlingsströme auch auf Illerkirchberg auswirken. Das Landratsamt Alb-Donau-Kreis habe mitgeteilt, dass die Gemeinde Illerkirchberg aktuell zur Aufnahme von bis zu 15 Personen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz verpflichtet sei und demnächst evtl. noch im Oktober bis zu 7 Personen zugewiesen werden.

### Wechsel in der Essensversorgung für Kindergärten und Grundschulbetreuung

Hauptamtsleiter Manfred Kornmayer informierte weiter, dass die bisherige Lieferantin des Mittagessen für Kindergärten und Schulen, die Fa. Lüsse, Ulm, den Betrieb eingestellt habe. Kurzfristig sei es trotz der Urlaubsphase gelungen einen Ersatz zu finden. Die Fa. Gastromenü aus Ulm beliefere seit einiger Zeit die Schule in Staig und wolle die Illerkirchberger Einrichtungen ebenfalls beliefern. Die Gebühr könne zunächst belassen werden. Über die Entwicklung werde auch im gemeinsamen Kindergartenausschuss berichtet.

### Friedhof Unterkirchberg

Im Zuge der Kirchensanierung wurde festgestellt, dass die Regenwasserableitung im Friedhof schadhaft ist und in Teilbereichen erneuert werden muss. Die bisherige Wasserstelle an der Kirche entspricht nicht den Anforderungen und soll deshalb an anderer Stelle neu hergestellt werden. Die Wasserleitung zu dieser Entnahmestelle und zur Kirche ist in schlechtem Zustand (Rohrbruch) und deshalb zu erneuern und im Zuge dessen auch der obere Weg im Friedhof. Diese Tiefbaumaßnahmen sollen im Zuge der Kirchensanierung ausgeführt und die Kosten dem Zweck entsprechend zwischen bürgerlicher Gemeinde (für den Friedhof) und der Kirchengemeinde (für die Kirche) aufgeteilt werden.

### Ferienprogramm 2014

Zum 24. Mal bot die Gemeinde Illerkirchberg in diesem Jahr ein Sommerferienprogramm für Schüler an. Rund 85 interessierte Kinder und Jugendliche nahmen an 8 Veranstaltungen teil. Bürgermeister Bertele bedankte sich bei den Kindern und Jugendlichen für ihr Interesse und bei allen Veranstaltern für ihre Unterstützung und Mithilfe, ohne die dieses Ferienprogramm nicht durchführbar gewesen wäre. Da die Teilnehmerzahlen in den letzten Jahren zurückging, sei für das Ferienprogramm ein neues Konzept mit ehrenamtlichem Engagement und evtl. eine Erhöhung der Haushaltsmittel erforderlich. Ein Gemeinderat bot an, sich hier mit ehrenamtlichem Engagement einzubringen.

### Einwohnerzahl zum 31.12.2013

Das Statistische Landesamt gibt die fortgeschriebene Einwohnerzahl mit 4.697 bekannt.

### Breitbandtechnologie im ländlichen Raum

Die Gemeinde trat im Oktober 2013 dem Verein zur „Förderung neuer Medien und Technologien im ländlichen Raum e. V.“ bei. Als weiterer Schritt werde nun die Erstellung und Aufbereitung einer Breitbandkarte zur Bestandsanalyse vorbereitet. Ein entsprechendes Angebot über den Gemeindeverwaltungsverband wurde auch für Illerkirchberg angenommen, um die gesamte Infrastruktur des südlichen Alb-Donau-Kreises darzustellen und auf dieser Grundlage die weiteren Ausbauplanungen vornehmen zu können.

### Verkehrssituation Mussinger Straße

Bürgermeister Bertele gab dem Gemeinderat ein Anliegerschreiben aus der Mussinger Straße bekannt. Das Schreiben werde bei der nächsten Verkehrsschau mit Verkehrsbehörde und Verkehrspolizei beraten. Nachdem im Anliegerschreiben um gute Entscheidungen des Gemeinderates geworben wurde, wies Bürgermeister Bertele darauf hin, dass nahezu sämtliche Aspekte des Schreibens im Entscheidungsbereich des Landratsamtes und nicht des Gemeinderates liege. Selbstverständlich unterstütze die Gemeinde die Belange der Bürgerschaft, er bat jedoch um Verständnis, dass die Gemeinde kein Weisungsrecht der Verkehrsbehörde gegenüber habe.

### Umleitungsverkehr wegen Baustelle Kreisverkehrsplatz

Bürgermeister Bertele berichtete über vielfältige Beschwerden wegen des Umleitungsverkehrs anlässlich der Kreisverkehrsbaustelle. Insbesondere der Verkehr durch die Bucher Mühle führe zu Unmut bei manchen Anliegern. Er verweist darauf, dass die Straße von Buch durch die Bucher Mühle zur Kreisstraße eine Gemeindeverbindungsstraße sei und deswegen nicht ohne Weiteres auf Anliegerverkehr beschränkt werden könne. Der Sachverhalt sei intensiv mit der Verkehrspolizei beraten worden. Auch von dort werde eine Verkehrsbeschränkung für Anlieger als nicht sinnvoll und insbesondere als nicht überprüfbar erachtet, da viele Anwohner in der Bucher Straße und Seitenstraßen betroffen seien. Anlieger sei jeder, der an der Bucher Straße und sämtlichen südlich abzweigenden Straßen wohne oder ein „Anliegen“ habe. Aufgrund der Vielzahl der Anlieger in diesem Falle habe die Polizei eine Kontrolle der Anliegereigenschaft bereits als nicht machbar erklärt. Die Gemeinde könne zwar einen Antrag auf Anordnung einer Anliegerregelung stellen, entschieden werde darüber aber von der Verkehrsbehörde.

Ein Gemeinderat unterstützt die Forderung, diese Strecke auf Anlieger zu beschränken, da es im Bereich der Bucher Mühle bereits Unfälle und Beschädigungen gegeben habe. Ein weiterer Gemeinderat regte an, die derzeitige Beschränkung auf der Kreisstraße auf Tempo 70 dauerhaft zu belassen. Die Gewichtsbeschränkung auf 12 to an der Brücke der Bucher Mühle gelte im Übrigen auch für landwirtschaftliche Fahrzeuge. Hierauf solle geachtet werden. Ein Gemeinderat warnte davor, dass bei Beschränkung auf Anliegerverkehr das Problem nur auf die nächste Gemeinde (Staig mit Ortsteil Essendorf) verlagert werde. Nach eingehender Beratung wurde mit klarer Mehrheit entschieden, keine Anträge zur Änderung der derzeitigen Regelung zu stellen.

Gegen 22.30 Uhr schloss Bürgermeister Bertele die sehr umfangreiche erste Sitzung nach der Sommerpause. Eine kurze nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.